

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder
sowie der freien eingeschchr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg-Barmbeck, Schmalenbeckerstrasse 17.

Kollegen, sammelt allerorts Beiträge zum Streikfonds!

Lohnbewegung.

Buzug ist fernzuhalten von Stettin.

Sperren wurden verhängt in Düsseldorf, Werkstelle Blumberg u. Witte; in Erfurt, Werkstelle C. Schröder; in Franenthal, Werkstelle Kopfmiller; in Heidelberg, Werkstelle Maier; in Karlsruhe i. B., Werkstelle Busam & Stohrer; in Naumburg a. S., Werkstelle Ransfeldt; in Rostock über die Werkstellen von W. Schling und C. Rambow.

Waterlandslos und ehrlos.

Wieder einmal hat der deutsche Kaiser geredet. Wie vor einigen Jahren in Deynhausen, so hat er auch diesmal wieder in Bremerhaven sich berufen gefühlt, in einem Konflikt zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum scharf und schneidig Stellung zu nehmen und zwar zu Gunsten des letzteren. Am Freitag, 3. August, verlieh er 15 Vorarbeitern des „Norddeutschen Lloyd“ und der „Hamburg-Amerika-Linie“ Ehrenzeichen und sprach dabei folgende Worte:

„Ihr seid hier versammelt worden, um Meinen kaiserlichen Dank zu empfangen für die Hingabe und Aufopferung, mit der Ihr an der Fertigstellung der Dampfer für Meine Offiziere und Soldaten gearbeitet habt. Dank Ewerm rastlosen Bemühen ist die prompte, pünktliche Absendung der Transporte möglich geworden. Dadurch habt Ihr es einmal ermöglicht, daß unsere Truppen möglichst schnell auf den Kampffeldern kommen, zum anderen habt Ihr unsere Leistungsfähigkeit auf diesem bisher von uns noch nicht betretenen Gebiete vor der ganzen Welt ins Beste Licht gesetzt, und dadurch nach beiden Richtungen hin unserem Vaterlande unschätzbare Dienste erwiesen. Die Auszeichnungen, die Ich Euch dafür verleihen, sollen Meine Anerkennung sein, aber auch zugleich ein Ausdruck Meiner Zufriedenheit, daß Ihr nicht dem schlechten Beispiele der durch waterlandslose Agitatoren verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt seid, sondern den Patriotismus des deutschen Arbeiters fleckenlos gewahrt und wacker mitgearbeitet habt für die Schlagfertigkeit unserer braven Armee. Ehrlas der, welcher im Moment der Gefahr sein Vaterland im Stich läßt! Erhalte Euch den guten deutschen Geist, den Ihr bewiesen, dann wird der Dank des deutschen Volkes und Meine Anerkennung Euch nie fehlen.“

Nach einer anderen Mitteilung sollen die letzten Sätze folgendermaßen gelautet haben:

„Die Medaille, die Ihr erhaltet, ist jedoch nicht nur ein Zeichen Meines Dankes für Eure Arbeit an sich, sie spricht Euch auch Meine Anerkennung dafür aus, daß Ihr nicht dem Beispiel der waterlandslosen Gesellen gefolgt seid, die gerade jetzt die Arbeit niedergelegt haben. Ehrlas, wer sein Vaterland im Stich läßt. Ihr habt gezeigt, daß Ihr Ehrenmänner seid!“

Unseren Lesern sind die Vorgänge in Hamburg bekannt. Bereits Anfangs Juni, als die Verhandlungen mit China noch gar nicht bestanden, legten die Mieter der Reiherrstieg-Schiffswerft die Arbeit nieder, weil man ihnen den auf allen anderen Werften gezahlten Stundenlohn von 38 Pfg. nicht bewilligen wollte; mit der Reparatur der für China bestimmten Transportdampfer hatten sie überhaupt nichts zu thun. Kurz darauf, als die vom Staate gemieteten Dampfer zur Ausreise fertig gemacht werden sollten und die zurückgebliebenen Werftarbeiter sich weigerten, Streikarbeit zu verrichten, sperren die Werftbesitzer, an ihrer Spitze die berühmten Herren Blohm und Bock, mit einem Schlage 3000 Arbeiter aus, denen inzwischen noch mehrere gefolgt sind. Die Richtigkeit dieser Darstellung wird von allen Hamburger Zeitungen, die doch den Sachverhalt kennen müssen, und auch den anständigen auswärtigen Bourgeoiszeitungen unumwunden zugegeben. Nur einige wenige Blätter machten sich zum Sprachrohr der Hamburger Kapitalproben und setzten die unverkämpfte Lüge in die Welt, daß die

Werftarbeiter aus reiner Frivolität die Arbeit niedergelegt hätten.

Diese lügenhafte Darstellung hat natürlich auch ihren Weg zu den Ohren des Kaisers gefunden und die Rathgeber und Begleiter desselben, anstatt ihn über die Unwahrheit dieser Behauptung aufzuklären, mißbrauchten ihre Stellung dazu, den Monarchen noch in diesem Irrthum zu befestigen. Daher denn auch die auf durchaus irrigen Voraussetzungen beruhende Kaiserrede.

Es ist zunächst sehr bedauerlich, daß der Kaiser durch seine Leute so arg getäuscht worden ist und daß er infolgedessen Anklagen erhoben und Urtheile ausgesprochen hat, die den tatsächlichen Verhältnissen nicht entsprechen. Im Interesse des sozialen Friedens und noch mehr im Interesse des monarchischen Gedankens selbst hätte es gelegen, vorher Erkundigungen einzuziehen, die Sachlage unparteiisch zu prüfen und dann erst zu urtheilen. Vielleicht wäre es überhaupt besser, wenn das Staatsoberhaupt darauf verzichtete, in den Interessenkämpfen zwischen Arbeiterklasse und Unternehmertum gewissermaßen als Zensor und Schiedsrichter fungieren zu wollen. Falls dies aber nicht beliebt wird, ist strengste Unparteilichkeit Pflicht des Kritikers, weil andererseits Irrthümer und unrichtige Urtheile unvermeidlich sind. Hoffentlich nimmt der kaiserliche Redner aus diesem Vorfall Veranlassung, Rathgeber zum Teufel zu jagen, die ihm entweder die Wahrheit nicht sagen wollen oder nicht im Stande sind, Konflikte zwischen Arbeitern und Unternehmern objektiv zu beurtheilen. Sollte die einhellige Kritik der Bremerhavener Rede in den wahrheitsliebenden Zeitungen diesen Erfolg haben, so könnten wir damit zufrieden sein.

Was nun die Rede selbst betrifft, so ist der Vorwurf der Waterlandslosigkeit an die ganz verkehrte Adresse gerichtet worden: die „waterlandslosen Gesellen“ sind nicht unter den Hamburger Arbeitern zu suchen, sondern unter den Unternehmern. Die Hamburger Arbeiter haben doch zur Zeit, als die Cholera unter ihnen wüthete, bewiesen, daß sie Männer sind; sie haben damals den Feind bekämpft und aus den deutschen Gauen hinausgejagt, während die Herren Nether und Werftbesitzer und Großkaufleute das Hasenpanier ergriffen und in irgend einem Badeort ihr theures Leben mit Nichtstun hinbrachten. Ferner würde es wohl schwer sein, ein Beispiel anzuführen, wo die Hamburger Werftarbeiter die Geschäfte des Auslandes geführt haben, während es ja zur Genüge bekannt ist, daß das deutsche Unternehmertum niemals Anstand nimmt, ausländischen Interessen gegen Bezahlung Vorschub zu leisten. Haben denn nicht deutsche Fabrikanten den Chinesen Panzerschiffe, Kanonen, Gewehre und Munition geliefert, haben nicht deutsche Werftbesitzer diese Schiffe gebaut, haben nicht deutsche Schiffsherren den Transport der Nordwaffen ausgeführt. Das Unternehmertum macht das Ausland wehrfähig, wenn es dessen Geld einstreichen kann; die Arbeiter sind jeden Augenblick bereit, das deutsche Vaterland, wenn es angegriffen wird, zu verteidigen.

Auch der Vorwurf der Ehrlosigkeit läßt die Hamburger Arbeiter kalt. Sie wissen, daß die Ehre etwas Innerliches, rein Persönliches ist, was ihnen Niemand — auch ein Kaiser nicht — nehmen oder geben kann; sie wissen, daß es Leute giebt, die mit Orden und Ehrenzeichen prunken und trotzdem ehrlose Schurken sind, während Leute im Sträfingssittel manchmal als fleckenlose Ehrenmänner bezeichnet werden müssen. Das Be-

wußtsein, recht gehandelt und seine Pflicht in jeder Beziehung gethan zu haben, macht die Ehre eines Menschen aus — und dieses Bewußtsein haben die Hamburger Arbeiter, werden es sich auch nicht rauben lassen. Arbeiter, die noch auf monarchischem Boden stehen, müssen schmerzlich berührt werden, wenn sie von ihrem Kaiser ehrlos genannt werden, nachdem sie ohne ihre Schuld von rücksichtslosen Kapitalproben auf die Straße geworfen sind, diejenigen aber, die den Grundsatz: „Männerstolz vor Königsthronen!“ in das Herz geschrieben haben, werden sich leichter darüber hinwegsetzen.

Die gewerkschaftlich und politisch organisirten Arbeiter Deutschlands sind Manns genug, um selbst zu wissen, welchen Weg sie zu gehen haben; sie sind den Kinderstühlen entwachsen und der Zuchttrübe des Lebens entlaufen. Unbekümmert um Lob oder Tadel, verfolgen sie ihr erhabenes Ziel, die Arbeiterklasse zu befreien aus geistigem und wirtschaftlichem Elend. In dieser Beziehung hat eine am 4. August, also unter dem frischen Eindruck der Kaiserrede, in Bremerhaven stattgefundene Generalversammlung der dortigen Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes eine Resolution angenommen, die sicherlich allen deutschen Arbeitsbrüdern aus der Seele gesprochen ist, weshalb wir sie an dieser Stelle zum Abdruck bringen. Die Resolution lautet:

„Die stark besuchte Generalversammlung der Zahlstelle Bremerhaven des Deutschen Holzarbeiterverbandes vom 4. August 1900 erklärt einstimmig vor den gewerkschaftlich organisirten Arbeitern Deutschlands und des Auslandes:

Die Vorarbeiter der Tischler des Nordd. Lloyd, welche der deutsche Kaiser gestern Abend hier selbst in Gemeinschaft mit anderen Vorarbeitern gleichsam als die Vertreter der an der Fertigstellung der Truppentransportschiffe für die ostasiatische Expedition beschäftigten Arbeiter beehrt, und denen er seine Zufriedenheit ausgesprochen hat, daß sie „nicht dem schlechten Beispiel der durch waterlandslose Agitatoren verführten Arbeiter Hamburgs gefolgt“ seien, sondern durch die prompte und pünktliche Fertigstellung der Schiffe „den Patriotismus der deutschen Arbeiter fleckenlos gewahrt hätten“... diese Vorarbeiter gehören weder dem Deutschen Holzarbeiterverbande noch einer anderen gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation an, und sind noch niemals in irgend einer Sache von den organisirten Tischlern des Nordd. Lloyd oder den organisirten Holzarbeitern der Unterweserorte Bremerhaven, Geestemünde und Seehe als ihre Vertreter betrachtet worden!

Die organisirten Holzarbeiter in den Unterweserorten sehen daher die Deflorierung und Belobigung dieser Vorarbeiter lediglich als eine persönliche Angelegenheit derselben an, und verwahren sich dagegen, mit den Deflorirten identifizirt zu werden.

Die Generalversammlung versichert die ausgesperrten Werftarbeiter Hamburgs ihrer vollsten Sympathie und ist überzeugt, daß die organisirten Holzarbeiter der Unterweserorte, in die gleiche Situation gedrängt, der Fertigstellung der Truppentransportschiffe des Nordd. Lloyd gegenüber genau denselben Standpunkt eingenommen haben würden, auf den sich die Werftarbeiter Hamburgs bei der Fertigstellung der Transportdampfer der Hamburg-Amerika-Linie gestellt haben.“

Nicht unerwähnt wollen wir es lassen, daß auch einsichtige Unternehmer die Kaiserrede bedauern. So hat u. A. der bekannte Kommerzienrath Köstke eine Erklärung veröffentlicht, worin es heißt:

„Ich enthalte mich eines Urtheiles darüber, ob die Forderungen der Hamburger Mieter, welche in den Ausstand getreten waren, berechtigt sind oder nicht, ebenso ob und inwiefern die Hamburger Arbeitgeber zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen Veranlassung hatten, eine Absperrung und betheiligter Arbeiter herbeiführen. Mir liegt in meiner Eigenschaft als Arbeitgeber nur daran, zu zeigen, daß man auch in diesen Kreisen es auf's Höchste beklagt, wenn durch unrichtige Darstellung der Verhältnisse der Kaiser zu einer den Thatsachen nicht entsprechenden Auffassung wirtschaftlicher Kämpfe veranlaßt wird.“

Gegenüber den Gefahren, die uns im Ausland drohen, erscheint es mir um so notwendiger, im Innern zusammenhalten, zum mindesten aber eine Verschärfung bestehender Gegenstände zu vermeiden. Auch dem Kaiser ist, wie wir aus seinem eigenen Munde wissen, und wie dies ja auch die Auszeichnung jener 15 Arbeiter in Bremerhaven von Neuen zeigt, daran gelegen, den Arbeitern zu beweisen, daß sie nicht mit anderem Maß als die Arbeitgeber gemein zu werden. Deshalb muß man im Interesse des Vaterlandes, zu dessen Verteidigung ja gerade die Arbeiter das Hauptkontingent zu stellen haben, verlangen, daß diejenigen zur Reichenschaft gezogen werden, welche den Kaiser über die überragenden Verhältnisse gerade so unrichtig informiert haben, wie dies im Jahre 1897 in Bielefeld der Fall gewesen ist."

Alles in allem genommen ist Niemand in Deutschland von der Bremerhavener Rede befriedigt außer den Scharfmachern und Kapitalprozen. Auch eine Illustration zu dem vielgerühmten sozialen Kaiserthum und dem national-sozialen Traum von dem Arbeiterkaiser.

Tarifvereinbarung.

Eine wichtige Frage in den deutschen Gewerkschaftsorganisationen ist seit einigen Jahren die Frage des Abschlusses von Tarifverträgen und wird diese bestimmt in den nächsten Jahren noch mehr Stoff zu eingehender Diskussion geben. Infolge der bedauerlichen Vorgänge unter den deutschen organisierten Buchdruckern nahm der dritte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands in Frankfurt a. M. Stellung zur Frage der Tarifgemeinschaft und nahm mit großer Majorität die Resolution Döblin an:

"Tarifliche Vereinbarungen, welche die Lohn- und Arbeitsbedingungen für eine bestimmte Zeit regeln, sind als Beweis der Anerkennung der Gleichberechtigung der Arbeiter seitens der Unternehmer bei Festsetzung der Arbeitsbedingungen zu erachten und in den Verufen erstrebenswert, in welchen sowohl eine starke Organisation der Unternehmer, wie auch der Arbeiter vorhanden ist, welche eine Gewähr für Aufrechterhaltung und Durchführung des Vereinbarten bieten. Dauer und Umfang der jeweiligen Vereinbarungen lassen sich nicht schematisieren, sondern hängen von den Eigenarten des betreffenden Berufes ab."

Der Holzarbeiterverband, der Verband der Steinseher und Pfahlerer u. A. befaßten sich auf ihren Generalversammlungen mit dieser Frage und erklärten sich mit dem Beschluß des Gewerkschaftskongresses einverstanden.

Die Zahl derjenigen Arbeiter, welche sich heute noch prinzipiell gegen jede Tarifvereinbarung erklären, ist eine geringe. Die Gewerkschaft läßt sich wohl zum Theil damit erklären, daß die Auffassung, Verbesserungen im wirtschaftlichen Lohn- und Arbeitsverhältnis können nur durch Kampf herbeigeführt werden, noch die vorherrschende ist. Das Verdienst, in dieser Beziehung für die Gewerkschaftsbewegung bahnbrechend gewirkt zu haben, gehört unstrittig den Buchdruckern. Bekannt sind die Ergründungen der Tarifgemeinschaften; trotz der skandalösen Heftigkeit der Tarifgemeinschaftsgegner hat sich die Erkenntnis dieser sozialpolitischen Einrichtung immer mehr und mehr Bahn gebrochen, daß die gewerbliche und soziale Entwicklung der einzelnen Branche auf diese Weise gefördert werden kann. Zahlreiche Gewerkschaftsorganisationen sind dem Beispiele gefolgt und haben mit den Unternehmern Vereinbarungen getroffen, wenn auch nicht in dem Maße wie die Buchdrucker für ganz Deutschland, sondern für einzelne Städte. Bekannt dürfte das Abkommen der Maurer und der anderen Bauhandwerker in Berlin vergangenen Jahres sein, wo eine Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erreicht wurde, die einen Fortschritt und gesicherte Verhältnisse gewährleistet. Der fortwährende Kleinkrieg, der mit bedeutenden Opfern verbunden war, hat aufgehört und die Mittel können zu anderen notwendigen Zwecken Verwendung finden. Daß die Kampfstimmung nicht erschläft, dafür sorgt schon das Unternehmertum mit allerlei Besuchen, die Vereinbarungen zu umgehen.

Auch in unserem Gewerbe wurden im Laufe dieses Jahres in über 40 Städten Tarifvereinbarungen abgeschlossen, woraus zu erkennen ist, daß der Werth und die Bedeutung solcher Vereinbarungen bei unseren

Kollegen wohl erkannt wird. Und das mit Recht, denn wer auf dem Standpunkte steht, daß durch die gewerkschaftliche Organisation unsere materielle Lage schon im Rahmen der heutigen Gesellschaftsordnung verbessert werden kann, wird, ohne die politische Umdeutung außer Acht zu lassen, gegen das Abschließen von Tarifvereinbarungen im Prinzip nichts einzuwenden haben. Daß es sich hier nur um Abschlüsse von Tarifverträgen handelt, welche das Interesse einer Korporation, einer Gesamtheit vertreten, ist vorausgesetzt, wiewohl es nichts Seltenes ist, daß in Folge von tariflichen Vereinbarungen ein Einzelner geschädigt werden kann, es sei nur an die Beseitigung der Akkordarbeit, die sich vielfach in Tarifen vorfindet, erinnert.

Es ist in unserem Gewerbe gar nichts so Ungewöhnliches, daß einzelne Kollegen einen Vertrag abgeschlossen haben, wodurch sie sich den größten Schaden zufügen. So erging es mehreren Kollegen an Orten, wo in diesem Jahre Lohnbewegungen stattgefunden haben. Was für Zumuthungen man an Arbeiter zu stellen mag, besonders wenn es sich wie im vorliegenden Fall um Unorganisierte handelt, beweist der nachfolgende Vertrag, der einem Arbeiter zur Unterschrift vorgelegt wurde:

Vertrag:

Der unterzeichnete Arbeitnehmer Herr Paul Spiegler verpflichtet sich am 17. April 1900 bei Herrn Otto Böhme in Jena als Arbeitsmann für Maler-, Tapezierer- und Fensterreinigungs-Gewerbe sowie im Tapeten- und Farbenhandlungsbetriebe und kleine Arbeiten für den Haushalt gegen einen vereinbarten Lohn von wöchentlich 15 Mk. bei täglicher Arbeitszeit von durchschnittlich 10-11 Stunden, anzutreten, nöthigenfalls auch das willig zu thun, was ihm vom Auftraggeber oder dessen Stellvertreter aufgetragen wird.

Insbondere hat er zwecks Förderung des Fensterreinigungs-Gewerbes nach besten Kräften sich zu bestrengen, in schriftlicher Weise (Abkommen) anzunehmen.

Zulagen zum Wochentlohn (Extravergütungen) jedoch mindestens wöchentlich 1 Mk. (Eine Mark) werden bis Höhe von 100 Mk. (Einhundert Mark) in Depositem des Prinzipals als amtschwebende Kautionssumme für verschuldete Schäden bzw. als theilweise Sicherheit gegen Vertragsbruch innegehalten. Diese Kautionssumme wird ratenweise von fünfzig bis fünfzig Mark vom Tage des erreichten vollen Betrags ab, zu 2 p. H. vom Hundert verzinst und dem Arbeitnehmer, vorausgesetzt, daß er das Arbeitsverhältnis bei Herrn Otto Böhme oder dessen Rechtsnachfolger vertragsmäßig löst, nach Ablauf von vier Wochen vom Tage der Auflösung des Arbeitsverhältnisses abgerechnet, ev. unter rechtmäßigen Abzügen gekürzt, zurückgezahlt.

Herr Spiegler verbürgt sich hierdurch ausdrücklich, sich niemals in Jena noch in zehntägigem Umkreise von Jena in vorbemerkten Berufs- und Gewerbezweigen zu etablieren oder bei einem anderen dergl. Unternehmer für die in Frage kommenden Städte und Ortschaften in Arbeit zu treten, bezw. ein gleichartiges Geschäft durch andere Personen betreiben zu lassen oder mit anderen Unternehmern indirekt in Verbindung zu treten.

Bei Zuwiderhandlung gegen diese letzteren Vereinbarungen haftet p. Spiegler für alle dem Arbeitgeber durch Vertragsbruch erwachsende Nachteile und verwirkt außerdem eine an Herrn Otto Böhme oder dessen Rechtsnachfolger sofort zahlbare Konventionalstrafe in Höhe von Eintausend und 500 Mk. (1500 Mk.).

Der Auflösung des Arbeitsverhältnisses hat seitens des Arbeitnehmers vom 1. Mai 1900 eine vierwöchentliche Kündigungsfrist voranzugehen. Sofern nicht Verträge gegen § 123 der Reichsgewerbe-Ordnung herbeigeführt werden, wird Arbeitnehmer dauernde Arbeit zugesichert.

Gegenseitiges Einverständnis hebt die eine oder die andere Verpflichtung auf.

Jena den 29. April 1900.
Der Arbeitnehmer: — Der Arbeitgeber: Otto Böhme.
Versehen mit Geschäftsstempel.

Jedes weitere Wort zu einem solchen Vertragsmonstrum ist überflüssig. Bei dem Abschluß von Vereinbarungen ist Hauptbedingung: eine gute Organisation, welche im Stande ist, tüchtige, geschulte, besonnene Kräfte aufzuweisen, die die Interessen der Arbeiter nachdrücklich zu vertreten im Stande sind. Die Organisation

der Arbeiter muß als eine durchaus gleichberechtigte Partei anerkannt und Gewähr geleistet werden, daß auf Grund dieser Vereinbarungen eine gedeihliche Fortentwicklung möglich sein kann. Die meisten Tarife, die bis jetzt in unserem Gewerbe an einzelnen Orten geschlossen wurden, haben 1-2jährige Dauer, was wir nur gutheißen können. Denn, tritt bis zur bestimmten Zeit keine Kündigung ein, so geht die Vertragsdauer stillschweigend auf ein Jahr weiter. Dadurch wird das Gefühl beständig aufrecht erhalten, daß bloß ein Waffenstillstand auf unbestimmte Zeit geschlossen und daß die Organisation unausgesetzt auf der Hut sein muß, in der rührigen Agitation keine Erschlaffung eintreten darf.

Nur so wird die Vereinbarung von Erfolg gekrönt sein und dauernde Vortheile erzielen. Die mühsam erkämpften Verbesserungen im Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden dann den Mitgliedern erhalten bleiben auch zu Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs und für die indifferenten Arbeiter ein Beweis von der Leistungsfähigkeit der Organisation sein, mit der Mahnung, durch die Geniesung der geschaffenen Vortheile auch die moralische Pflicht zu haben, sich der Berufsorganisation anzuschließen. Den Ausführungen des „E. f. D. B.“ können wir uns nur anschließen, wenn er in einer Abhandlung zur Tarifgemeinschaft schreibt: „Wir wollen die Tarifgemeinschaft auf das Erwerbsleben Deutschlands ausgedehnt wissen. Wir wollen gesetzliche Einrichtungen an Stelle privater Vereinbarungen, wir erwarten vom Reiche eine Sozialpolitik, wie wir sie mit schweren Opfern und nach langen Kämpfen im Buchdruckergewerbe durch die Tarifgemeinschaft und ihre Institutionen angebahnt. Wir wollen nicht nur den § 152 der Gewerbeordnung, den die brutale Macht eines Kapitalisten einiges hohlachend unter die Füße treten kann, sondern gesetzliche Einrichtungen, die im Sinne unserer Tarifgemeinschaft die Gleichberechtigung des Arbeiters im heutigen Wirtschaftsleben ein für allemal und dauernd zur Wahrheit machen. Wir verlangen ein Reichsarbeitsamt unter thätiger und gleichberechtigter Mitwirkung von Unternehmern und Arbeitern, das alle einschlägigen Fragen in den Beziehungen zwischen den Angehörigen eines Gewerbes und Streitigkeiten auf dem Wege gegenseitiger Verständigung zu regeln sucht, dem die Erforschung des Arbeitsmarktes und dem entsprechende praktische Einrichtungen zu treffen aufzugeben wäre. Einmal geschaffen, ist eine derartige Institution dazu angethan, zu einem Kulturinstrumente von satulärer Bedeutung zu werden.“

Die Beitragspflicht in unserer Organisation.

Kollege stolz behandelt in Nr. 31 des „Reichs-Anzeigers“ die Beitragsverpflichtung der organisierten Kollegen in großen allgemeinen Umrissen und folgert daraus, daß die augenblickliche Verpflichtung zur Zahlung des Beitrages für die Organisation eine sehr schwierige, langweilige, sogar unhaltbare ist. Ich kann mich diesen Ansichten und Ausführungen umso mehr anschließen, als gerade Berlin in dieser Sache bisher einen Standpunkt eingenommen, der an Beharrlichkeit wohl alles Bisherige übertrifft hat. Daß durch die Beharrlichkeit, wie sie in Berlin betrieben, die Organisation ebenfalls geschwächt, die Agitation aber sehr erschwert worden, ist wohl nicht lange zu unterzuchen; den Beweis dieser Behauptung zu erbringen, steht mir ebenfalls der „Reichs-Anzeiger“ zur Seite, indem darin Schwarz auf weiß konstatiert ist, daß Berlin das schreckbar Wenigste an Streikbeiträgen abgeliefert, also nicht einmal die statutarischen oder obligatorischen Bestimmungen erfüllt hat. Gerade hier in Berlin ist in der Verpflichtung zur Zahlung des Streikbeitrages das unglaublich Schwierige und Verfehlteste geleistet, welches wohl nirgends bis dato vorkommen konnte, wodurch der Organisation auch kein Vortheil gebracht, ja sogar durch die bewiesene Taktik die Agitation und Organisation schwer geschädigt worden ist. Außer dem obligatorischen Beitrag an Streikmarken von 2.50 bis 3 Mk. pro anno, wie er in diesem Jahre vom Hauptvorstand festgesetzt — worüber aber jede Kontrolle bei den Mitgliedern fehlt, indem diese Freiwilligen nur dann vorkommen, wenn dieselben irgend welche Unterstützung beanspruchen —, wird hier noch ein lokaler Streikbeitrag erhoben. Dieser Gegensatz in einer Organisation, indem man neben einem obligatorischen noch einen lokalen Streikbeitrag erhebt, ist wahrlich nicht dazu angethan, viele Mitglieder in dieser zentralen und lokalen Richtung zu gewinnen. So man stößt gerade Personen bezwungen vor den Kopf, wenn man bei der Aufnahme derselben in die Organisation die ganze Verkaufsliturg vorzubeten

es unwissend sein muß. Die Unwissenheit ist die Wächterin der Jugend. Wo keine Ausflüchte sind, da ist kein Ehrgeiz. Der Unwissende lebt in einer ultißigen Nacht, die, wie sie den Blick unterdrückt, auch die Begierben unterdrückt. Daher die Unthätigkeit. Wer liest, denkt; wer denkt, räsionirt. Nicht räsioniren ist Pflicht. Es ist auch ein Glück. Diese Wahrheiten sind unumstößlich. Auf ihnen beruht die Gesellschaft.

So waren denn die gesunden gesellschaftlichen Grundzüge in England wieder hergestellt. So war die Nation wieder zu Ehren gekommen. Zu derselben Zeit kehrte man zur schönen Literatur zurück. England erhob sich von der Schmach und der Ausschweifung der Vergangenheit. Es ist ein großes Glück für die Nationen, von der Monarchie zur Ordnung im Staat und zum guten Geschmack in der Literatur zurückgeführt zu werden.

Das Glück Englands unter Karl II. war mehr denn Glück, es war ein Hauch. Eine Restauration ist ein altes nachgebunkeltes Gemälde, das man neu firnigt; die ganze Vergangenheit kommt wieder zu Tage. Die guten alten Sitten zogen wieder ein, die hübschen Frauen herrschten und regierten. Evelyn hat eine Anmerkung darüber; man liest in seinem Tagebuch: „Anzucht, Entweihung, Verachtung Gottes. Ich habe eines Sonntag Abends den König mit seinen Freudenmädchen, der Portsmouth, der Cleveland, der Mazarin und zwei bis drei andren in dem Spießsaal gesehen; sie waren fast alle ganz nackt.“ Man merkt dieser Schilderung die schlechte Laune an; aber Evelyn war auch ein mürrischer, mit lebhafter Schwärmeret behafteter Puritaner. Er wußte das nützliche Beispiel nicht zu würdigen, das die Könige durch solche große babylonische Lustbarkeiten geben, die übrigens den Luxus nähren. Er verstand die Nützlichkeit der Kaiser nicht. Als Regel gilt: Mordet die Kaiser nicht aus, wenn ihr reizende Frauen haben wollt. Der Ihr gleich jenen Dummköpfen, welche die Nasen zerstreuen, trotzdem sie für Schmetterlinge schwärmen.

Jakob II. hatte den bößlichen Ehrgeiz, ein wirksamer König zu sein; in seinen Augen war die Regierung Karls II.

Revolution und Reaktion in England.

Von Viktor Hugo. *)

Niemals war eine Lage klarer und entschiedener als die von 1680. Niemals war dem Gutgestunten sein Verhalten deutlicher vorgezeichnet.

England war Cromwell los. Unter der Republik waren viele Unregelmäßigkeiten vorgekommen. Man hatte das englische Lebergewicht geschaffen; man hatte mit Hilfe des dreißigjährigen Krieges Deutschland gemeißelt, mit Hilfe der Fronde Frankreich gedemüthigt, mit Hilfe des Herzogs von Braganza Spanien berkleinert.

Man hatte das Festland ergriffen gemacht, den Frieden vorgezeichnet, den Krieg beschlossen, die englische Fahne auf allen Höhen aufgezogen; ein einziges Regiment Cromwells, die „Eisenkrieger“, hatte für den Schrecken Europas die Wucht einer Armee; Cromwell sagte: „Ich will, daß man vor der englischen Republik Ehrfurcht habe, wie vor der römischen; es gab nichts Unantastbares mehr; das Wort war frei, die Presse war frei; man jagte auf offener Straße was man wollte; das Gleichgewicht der Throne war zerstört; die ganze monarchische Ordnung Europas, zu der die Sphären gehörten hatten, war umgewälzt worden. Endlich hatte man diese gehäßige Regierung vom Halse, England erhielt Verzeihung.

Der nachsichtige Karl II. hatte die Erklärung von Breda erlassen. Er hatte England huldreich bewilligt, eine Epoche zu vergessen, wo der Sohn eines Brauers von Quantingdon Ludwig XIII. den Fuß auf den Nacken setzte, England war reutig und athmete auf. Der Jubel war, wie gelag, vollständig und der Galgen der Königsräuber vermehrte noch die allgemeine Freude. Eine Restauration ist ein Wächeln; aber ein wenig Hochgericht steht ihm gut und das öffentliche Gewissen muß befriedigt werden. Der Geist der Unbarmherzigkeit war gewichen; das Königthum begründete sich

aufs neue. Ein guter Unterthan sein, war von nun ab der einzige Ehrgeiz. Man war von den Thorheiten der Politik zurückgekommen, man verunglimpfte die Revolution, man spottete über die Republik und über jene sonderbaren Zeiten, in denen man stets hochtönende Worte wie Recht, Freiheit, Fortschritt im Munde führte, man lachte über solchen Schwulst. Die Rückkehr zur Vernünftigkeit war wunderbar; England hatte gekümmert. Welches Glück, daß man diese Verirrungen hinter sich hatte. Gab es etwas Unvernünftigeres? Was sollte daraus werden, wenn der erste beste Recht hatte? Kann man sich denken, daß alle Leute herrschen sollen? Daß ein Stadtweisen von den Bürgern geleitet werden soll? Die Bürger sind ein Gespann und ein Gespann ist der Richter nicht. Abstimmen heißt in den Wind reden. Sollen die Staaten in der Luft schweben wie die Wolken? Mit der Unordnung errichtet man die Ordnung nicht. Wenn Chaos Baumelster ist, wird das Gebäude ein Babel werden. Und was ist übrigens diese sogenannte Freiheit für ein Tyrann! Ich will mich amüßigen und nicht regieren. Abstimmen ist mir langweilig; tanzen will ich. Ein Fürst, der alle Arbeit übernimmt, ist eine Vorlesung. Gewiß, es ist großmüthig von diesem König, daß er sich unserwegen solche Mühe giebt. Und dann ist er darin aufgewachsen; er kennt's. Es ist seine Sache. Was geht Krieg, Frieden, Gesetzgebung, Finanzen die Völker an? Ohne Zweifel muß das Volk bezahlen, ohne Zweifel muß es dienen; aber daran muß es sich genügen lassen. Es hat auch seinen Antheil an der Politik; aus ihm gehen die beiden Mächte des Staates hervor, das Heer und das Budget. Steuerpflichtig und Soldat sein, ist das noch nicht genug? Was braucht er mehr; es ist der militärische Arm, es ist der finanzielle Arm. Eine prächtige Rolle. Man registriert anstatt seiner; diese Dienstleistung muß es doch belohnen. Steuern und Bülliste sind ein Gehalt, das die Völker zahlen und die Fürsten verdienen. Das Volk giebt sein Blut und sein Geld, wofür man es leitet. Sich selbst leiten wollen, was für ein wunderlicher Gedanke; ein Führer thut ihm Noth. Da das Volk unwissend ist, so ist es blind. Hat der Blinde nicht einen Hund? Nur ist das Volk ein Schwe, der König, welcher der Hund zu sein geruht. Welche Güte! Aber warum ist das Volk unwissend? Weil

*) Aus dem Roman „Der Sohn des Rebellen“, der zur Zeit (in neuer Bearbeitung des Victor Hugo'schen Romans „Der lachende Mann“) mit den Illustrationen der französischen Originalausgabe in der vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts herausgegebenen Romanbibliothek „In freien Stunden“ erscheint.

hat, warum der Beitrag für die Organisation, warum die obligatorische Verpflichtung für den Streikfond, sodann kommt die noch größere Verpflichtung für den lokalen Streikfonds usw. Und ist man dann mit der ganzen Litanei fertig, dann hat man derart agitatorisch gewirkt, daß man entweder keine Ausnahme zu verzeichnen hat, oder aber, daß man, wie in verschiedenen Fällen geschehen, die Kollegen im Unklaren lassen muß, sogar thätlich denselben etwas vorzählen, um dieselben nicht sofort auf die großen Widersprüche in der Forderung der Beiträge aufmerksam zu machen. Um aber nun wenigstens etwas zu erzielen, geht man bei der Aufnahme wie die Skate um den heißen Brei herum, indem man die Verpflichtung zum Beitrag der Streikmarke als eine ganz harmlos freiwillige hinstellt, sogar versucht, zuerst die zentrale und lokale Streikmarke in einen Topf zu werfen, sodann dieselbe theilbar macht, indem die zentrale die eine Hälfte, die lokale die andere Hälfte erhalten soll usw., wie es leider hier sogar in Versammlungen geschehen. Daß diese agitatorische Wirksamkeit nie von langer Dauer sein kann, beweisen auch die steten Mißerfolge, weil durch diese Agitation die meisten Kollegen der Sache gegenüber kühl und indifferent bleiben. Es ist ja eine sehr ideale Denkweise, wenn man die Obligatoria, d. h. Zwangsleistung, auf irgend welche Art und Weise so viel wie möglich auszunutzen versucht, nur muß man dadurch die Kollegen nicht sehen machen oder mit der Freiwilligkeit zu experimentieren versuchen, oder aber den Glauben womöglich erwecken, für einen geringen Beitrag wie 25 Pfg. die Woche kann eine Organisation einen Krankenzuschuß, die Streikunterstützung, Rechtschutz usw. leisten. Daß aber auch hier einige Nebenher nicht stets für eine Erhöhung der Beiträge eingetreten, ist wohl nicht erst lange zu unteruchen oder zu beweisen, denn Berlin hat keine führende Rolle bei Erhöhung der Beiträge gespielt, umso mehr mußte man den Witz bewundern, daß man hier sich sogar vergangenes Jahr für einen lokalen Streikbeitrag von wöchentlich 50 Pfg. auf 2 Mk. verließ, in diesem Jahre jedoch schon wieder bescheidener wurde und also außer dem obligatorischen Streikbeitrag noch einen lokalen Streikbeitrag von wöchentlich 20 Pfg. verlangte. Ob diese lokale Verpflichtung, welche direkt der zentralen Einrichtung ins Gesicht geschlagen, von großem Nutzen war, lasse ich dahingestellt. Jedenfalls werden diese Kollegen schon jetzt überzeugt sein, daß der Beitrag von 25 Pfg. für die Organisation viel zu gering, und auch jetzt schon dafür ernteten, daß die Generalversammlung eine Erhöhung, und zwar in der Form wie sie Kollege Kolb geschilbert, beschließen wird.

Sch bin zwar nun nicht so bescheiden wie Kollege Kolb, indem ich bezweifle, daß durch die winzige Erhöhung, wie er sie vorgeschlagen, ein großer Vortheil und Nutzen für die Organisation herauskommen oder zu erzielen ist, indem bereits Kollege Kolb mit Recht auf die ziemlich hohen Beiträge der Buchdrucker hingewiesen, würde aber einen wöchentlichen Beitrag von 50 Pfg. für vorläufig genügend erachten. Zur Begründung dieser wöchentlichen Beitragspflicht von 50 Pfg. berufe ich mich auf die Organisation der Wildhauer, die bereits jetzt schon für eine Arbeitslosenunterstützung, einen Krankenzuschuß, sowie Sterbegeld und Rechtschutz gewährt. Daß diese Organisation bedeutende Erfolge gerade hier in Berlin zu verzeichnen hat, beweist das stabile Verhältnis der Mitglieder, indem von etwa 1700 Wildhauern am Orte über 1200 der Organisation angehören. Sehen wir uns nun das Verhältnis der Berliner Malergehilfen an, wo von etwa 5-6000 am Orte dagegen nur 3-400 organisiert sind, so sind das Verhältnisse, die für die Zukunft doch unbedingt geändert werden müssen, umso mehr, da beide Theile Saisonarbeiter sind, und die Wildhauer erst vergangenes Jahr einen Minimallohn von 24 Mk. durchgefochten haben.

Sch bin mir bewußt, daß auch hier ein Schrei der Entrüstung über den vorgeschlagenen wöchentlichen Beitrag von 50 Pfg. durch das Land brausen wird, bin aber überzeugt, daß je niedriger die Beiträge, um so geringer die Leistungen, um so unbedeutender die Organisation ist, und je kleiner eine Organisation, Erfolge so gut wie ausgeschlossen sind. Je ungünstiger die Verhältnisse sich erwiesen, desto rühriger wurde der Geist, desto stählerner wurde der Charakter, desto größer muß aber auch gemeinsam die Opferwilligkeit sein. Thue Jeder von uns seine Schuldigkeit, an jedem Orte, zu jeder Zeit, dann wird unsere Organisation zu einer Macht gelangen, mit der auch der größte Gegner zu rechnen haben wird.

B., Berlin.

ein bloßer Entwurf zur Restauration. Er hatte im Jahre 1600 beklagt, daß man sich beschränkt hatte, nur zehn Königsbrüder aufzuhängen. Er war ein wirklicher Wiederhersteller der Autorität. Er kräftigte die ersten Grundsätze; er ließ jene Gerechtigkeit herrschen, die wahre, die sich über empfindlichen Vortheil erhebt und sich vor allen Dingen die Interessen der Gesellschaft zu Herzen nimmt. An solcher beschließenden Strenge erkennt man den Vater des Staats. Er vertraute den Arm der Gerechtigkeit einem Joffertes und ihr Schwert einem Kirke an. Kirke statuirte ein Exempel über das andere. Dieser nützliche Oberst ließ denselben Mann, einen Republikaner, dreimal hintereinander aufhängen und wieder vom Galgen abnehmen und fragte jedesmal: „Schwörst Du die Republik ab?“ Da der Verbrecher immer nein sagte, wurde er zuletzt ernstlich erdroffelt. „Ich habe ihn viermal erhängt“, sagte Kirke befriedigt. Die wieder beginnenden Todesstrafen sind ein starkes Zeichen von Kraft in den herrschenden Gewalten. Lady Nyle, trotzdem sie ihren Sohn in den Krieg gegen Monmouth ausgesandt hatte, wurde hingerrichtet, weil sie zwei Rebellen bei sich verborgen hatte. Ein anderer Rebell, der so anständig gewesen war, auszulagen, daß eine Wiedertäuferin ihm Zuspruch gewährte, wurde begnadigt; die Frau aber lebendig verbrannt. Kirke machte ein anderes Mal dadurch einer Stadt begreiflich, daß er ihre republikanische Meinung kannte, daß er neunzehn Bürger erhängte. Gewiß eine sehr gerechtfertigte Vergeltung, wenn man bedenkt, daß man unter Cromwelle den kleinsten Heiligen in den höchsten Mälen und Ohren abschneidet. Jakob II., der Joffertes und Kirke zu wählen verstanden hatte, war ein von wahrer Melancholie getränkter Fürst; er kassierte sich durch die Häßlichkeit seiner Konkubinen; er hörte den Vater la Colombrère, jenen Prediger, der fast ebenso salbungsvoll, aber feuriger war, als der Vater Gheminals und der den Sturm hatte, in der ersten Hälfte seines Lebens der geistliche Rath Jakobs II. gewesen zu sein und in der zweiten Marie Macoque begeistert. Dank dieser starken religiösen Beweise konnte Jakob II. später mit Würde die Verbannung ertragen und in seiner Zurückgezogenheit in Saint-Germain das Beispiel eines dem Unglück überlegenen Königs geben, der Kröpfe heilte und mit Jesuiten verkehrte.

Wilhelm Liebknecht †

Wilhelm Liebknecht, der unermüdete Kämpfer für Freiheit und Recht, den je das arbeitende Volk besessen, der Soldat der Revolution ist tot. Den „Alten“, doch ewig jugendfrischen, durch seine Strapazen zu bendenden Kämpfer streckte plötzlich und unvorbereitet die rauhe Hand des Todes am Dienstag, den 7. August, früh 4 Uhr, nieder.

Ein großes, vielbewegtes Leben ist zur ewigen Ruhe gegangen; noch viel zu früh, trotz seiner 74 Jahre. An seiner Bahre trauern die Männer und Frauen des Proletariats der deutschen Lande gemeinsam mit dem Proletariat des ganzen Erdennrunds, wo nur immer der Gedanke der Arbeiterbewegung Eingang gefunden hat. Denn nicht nur die deutsche Arbeiterbewegung verkörpert Liebknecht in sich, sondern die Arbeiterbewegung aller Länder, für die zu streiten ihm kein Opfer zu groß und all sein Denken und Trachten bis zur letzten Stunde gerichtet war.

Du bist tot, Freund des Volkes! All die Missionen, die Du getrieben und zum Klassenbewußtsein erzogen, sie werden für alle Zeit Dein Andenken im Herzen bewahren und bestrebt sein, sich Deiner würdig zu erweisen. Sie werden das Werk, dem Dein Leben gewidmet war, an dem Du so unendlich viel gewirkt hast, zur Vollendung bringen. In der Geschichte der Menschheitsbefreiung lebst Dein Andenken unverwundlich fort.

Gingefandt.

Zur Erwiderung! Auf die beiden von Gisleben und Karlsruhe als Reagenz auf unseren Artikel in Nr. 27 des „Revolutions-Bl.“ eingelaufenen Eingefandts fühlen wir uns genöthigt, einige auffällende Stellen an die Kollegenheit zu richten, da wir sonst in den Verdacht kommen könnten, wir setzen uns deshalb mit einem sogenannten salto mortale über gewisse Verhältnisse hinweg, weil wir dieselben nicht verstehen. Das ist so ziemlich des Jubels Kern in beiden Heftchen. Zahlen sprechen, sagte Kollege Kolb auf der Mainzer Generalversammlung und so wollen wir dem Beispiele folgen und Zahlen reden lassen.

Legen wir unserer ganzen Organisation einen Mitgliederbestand von rund 10000 Kollegen zu Grunde und nehmen wir an, die Wittwen- und Waisen-Unterstützung würde eingeführt. Nach genauen Beobachtungen und Aufzeichnungen aus der Praxis haben wir hier in Heilbronn bei ungünstigen Verhältnissen eine Sterblichkeitsziffer von 2 pSt. für Personen über 17 Jahre. Wie wir zu diesen 2 pSt. kommen, muß ich etwas näher erklären, da wir sonst wieder in den Verdacht kommen könnten, mit einem gewagten Salto über Alles hinweg zu gehen. Ich für meine Person gehöre drei Leichenvereinen an, von denen der eine 800, der zweite 1200 und der dritte 1800 Mitglieder zählt. Einzelmitglieder sind in diesen Vereinen wenig vertreten. Der erste Verein wäre demnach auf 1600, der zweite auf 2400 und der dritte auf 3600 Personen zu stellen. Von dem ersten Verein starben in den letzten 6 Jahren durchschnittlich 34 Personen, im zweiten 42 und vom dritten 54 oder 2,1 bezw. 1,8 bezw. 1,5 pSt. Alles im Durchschnitt der letzten 6 Jahre berechnet, das giebt für alle drei eine Durchschnittsziffer von 1,8 pSt.; ich will aber diese Zahl auf 2 pSt. nach oben, also zu Ungunsten meiner Berechnung, abrunden, ja ich will noch weiter gehen, um allen Eventualitäten gerecht zu werden, ich will 3 pSt. annehmen, eine Sterblichkeitsziffer, die bei den allerungünstigsten Verhältnissen kaum erreicht werden dürfte.

Die Sterblichkeit unter den hiesigen Kollegen speziell betrug nur 1/2 pSt. d. h. von den über hundert hier arbeitenden Kollegen starben in den verfloßenen 12 Jahren 6, 4 ledige und 2 verheirathete.

Nehmen wir also für unsere Organisation den höchsten Satz von 3 pSt. und berechnen wir die verheiratheten Mitglieder auf die Hälfte der Gesamt-Mitgliederzahl, so hätten wir pro Jahr mit 150 Unterstützungsfällen zu rechnen, oder deutlicher ausgedrückt im ersten Jahr 150, im zweiten 300, im dritten 450, im vierten 600 usw. bis zum vierzehnten Jahr mit 2100 Unterstützungsfällen.

Berechnet man bei dieser ungünstigen Kalkulation für jeden Fall durchschnittlich 120 Mk. jährliche Unterstützung, so hätten wir im ersten Jahr 18000 Mk., im zweiten 36000 Mk., im dritten 54000 Mk., im vierten 72000 Mk. aufzubringen usw. bis zum vierzehnten, in welchem der Höhepunkt erreicht wäre mit einem Kostenaufwand von 252000 Mk.

Die im ersten Jahre aufzubringenden 18000 Mk. würden sich auf 10000 Mitglieder vertheilen, d. h. pro Mitglied und pro Jahr 1.80 Mk. Beitrag oder pro Mitglied und Woche 3,5 Pfg. Bei dieser Unterstützungsförm wären wir jedoch genöthigt, zur Deckung der Kosten jedes Jahr die Beiträge pro Mitglied und pro Woche um 3/4 Pfg., oder alle zwei Jahre, also von Generalversammlung zu Generalversammlung, um 7 Pfg. zu erhöhen. Runden wir diese 7 Pfg. auf 10 Pfg. ab, so würden wir nach vierzehn Jahren 70 Pfg. pro Woche mehr bezahlen wie heute, hätten dafür aber eine Institution, die auf Mustergültigkeit Anspruch machen könnte, ohne daß wir genöthigt sind, die Beiträge vor heute auf morgen ungewöhnlich zu erhöhen, und das ist ja schon längst das Streben und Trachten unserer führenden Autoritäten. Außerdem gebe ich zu bedenken, daß wir bei dieser Materie keine problematischen Berechnungen anstellen, daß wir kein sogenanntes Experiment vor uns haben, sondern daß die Grundlage des Ganzen ein aus der Erfahrung, aus der Praxis hervorgegangenes Fundament hat. Wir haben kein Problem vor uns, wie die Arbeitslosenversicherung, sondern eine vom Staat, von diversen Gesellschaften und Versicherungen schon längst auf Grund der Wahrscheinlichkeitsberechnung gelöste Aufgabe, die wir uns nur zu eigen machen dürfen, um deren Erfolg zu genießen.

Sehen wir dahingegen die von vielen gewerkschaftlichen Autoritäten empfohlene oder doch erwägte Arbeitslosenunterstützung an — so kommen wir zu einem ganz merkwürdigen Resultat, d. h. speziell für unseren Beruf. Ich glaube nicht zu hoch zu greifen, wenn ich

die Arbeitslosen zu 60 pSt. berechne. (Kollege Kolb berechnet in seinem Referat zur Mainzer Generalversammlung 76 pSt.) Ich will aber hier absichtlich zu Gunsten meines Gegners rechnen und 60 pSt. annehmen. Darnach wären von den 10000 organisierten Kollegen jeden Winter 6000 auf die Dauer von durchschnittlich sechs Wochen arbeitslos. Wollten wir jeden arbeitslosen Kollegen nach dem Statal vom Kollegen Kolb täglich nur 1 Mk. verabreichen, so würde das in sechs Wochen die Summe von rund 40 Mk. ausmachen oder auf 6000 Kollegen 240000 Mk. Nehmen wir dieselbe fortlaufend auf 14 Jahre an, so würde die Arbeitslosenunterstützung in diesen 14 Jahren um 3360000 Mk. kosten, die Wittwen- und Waisenunterstützung 1800000 Mk. kosten, also netto 1470000 Mk. weniger als die Arbeitslosenunterstützung. Abgesehen davon, daß wir für die letztere unsere Beiträge schon mit dem ersten Jahre der Unterstützung anfallen — also ganz unverhältnismäßig erhöhen müßten — die Mehrkosten für die Verwaltung gar nicht berechnet.

Außerdem würde, wenn wir die Beiträge, wie oben berechnet, nicht nur um 3/4 Pfg. sondern um 5 Pfg. pro Woche erhöhten, eine Mehreinnahme von 7800 Mk. sich ergeben und würde dadurch auch noch eine Kleinigkeit für den „Heiligen Sebastian“, unserer Redaktion abfallen. (Der „Bl.“ galt einem anderen Vorschlage und scheint seine Wirkung nicht verfehlt zu haben. D. M.)

Seht man überdies anstatt der oben angenommenen 3 pSt. als Sterblichkeitskoeffizient die der Wahrheit näherkommenden 2 pSt. ein, so läßt die Wittwen- und Waisenunterstützung in ihrer höchsten Anforderung die Arbeitslosenunterstützung um netto 2100000 Mk. hinter sich zurück, d. h. bei 2 pSt. berechnet sich die Wittwen- und Waisenunterstützung in 14 Jahren auf jährlich 1680000 Mk., die Arbeitslosenunterstützung auf 2100000 Mk., also netto 720000 Mk. Es übersteigt also die Arbeitslosenunterstützung die erstere um 720000 Mk. jährlich und auf die ersten 14 Jahre insgesammt berechnet, würde die Arbeitslosenunterstützung einen Mehraufwand von 21000000 Mk. erfordern. Wer also Augen hat, der sehe und wer Ohren hat, der höre und verschleße seine Sinne nicht absichtlich und böswilligerweise einem gutgemeinten Vorschlage.

Was nun die von den beiden Kollegen eingebrachte Replikation ihrem Inhalte nach anbelangt, so möchte ich den Gislebener Kollegen ersuchen, erst zu denken und dann zu schreiben, damit er am Schluß nicht wieder das Gegenteil beweist, was er im Anfang behauptet. Er schreibt nämlich wörtlich: „... und unsere Vertreter im Parlament beauftragen, dort einen Druck auszuüben“ und fährt im gleichen Athemzuge fort: „Auf den Staat können wir uns nicht berufen, denn der hat Geld für alles andere, nur nicht für den Arbeiter“, also mein lieber Kollege, immer nur logisch denken und schreiben, sonst verfehlt die Schreibweise ihren Zweck. Ferner erklärt er unsere Idee für ein Hirngespinnst. Ich frage, welches ist denn nach den heutigen Berechnungen das größere Hirngespinnst? Ich hoffe, daß Du es ohne weitere Erklärungen einsehst. Wenn aber unsere Idee ein Hirngespinnst ist, so finde ich in der deutschen Sprache für die Arbeitslosenunterstützung keinen anständigen Ausdruck, um dieselbe gebührend zu bezeichnen. Im Uebrigen halte ich gerade unseren Vorschlag für das richtige Pfaster auf die Wunde, die nicht heilen will. Dann aber kann ich dem Kollegen nicht verhehlen, daß wir ein ganzer Krusel über den Leib gegangen ist, als er den Staat — den modernen Kulturstaat! — als hilfebringenden Faktor nannte. Vielleicht in Gestalt eines neuen Gesetzes zum Schutze der Arbeitswilligen?

Weißt Du nicht, daß der Wahnpruch des arbeitenden Volkes ist: „Steig' herab vom Kreuz und hilf Dir selbst“ und selbst dies ist uns versagt, wenn wir nicht in Gefahr laufen wollen, bei der Wahrung unserer natürlichen Rechte ins Buthaus zu kommen.

Du darfst versichert sein, mein lieber Kollege, daß ich diese Angelegenheit schon mehr als einmal im Stillen behandelte, unter Zuhilfenahme eines genauen statistischen Materials unserer Privatversicherungsgesellschaften, deren einziges Endziel die Anhäufung eines großen Vermögens ist und immer bin ich wieder zu dem Schluß gekommen, daß das Vorgeschlagene auch für unsere Organisation durchführbar ist, ebenfogut wie für eine Privatversicherungsgesellschaft, ja noch besser.

Was die Ausführungen unseres Kollegen Kolb anbelangt, so mache ich denselben hier den unumwundenen Vorwurf, daß er mit „unserer“ Organisation nicht mehr auf dem Laufenden ist, er könnte sonst nicht schreiben, man müsse den finanziellen Effekt des Krankenzuschusses abwarten. Diesen finanziellen Effekt kennen wir schon lange und auch Kollege Kolb sollte ihn kennen. Der Hauptkassierer, Kollege Wentler, schließt nämlich die Abrechnung des ersten Quartals 1900 mit einem Defizit von rund 18000 Mk., an welchem der Krankenzuschuß mit über 5000 Mk. theilhaftig ist. Der finanzielle Effekt ist also ein ungeahntes Defizit und der moralische Effekt jedenfalls nicht minder. Außerdem müßte Kollege Kolb, wenn er mit uns auf dem Laufenden wäre, das Stipular des Hauptvorstandes kennen, in welchem er schreibt, er müsse von dem ihm auf Grund des Statuts zustehenden Rechte Gebrauch machen und für den laufenden Sommer einen Extra-Streitbeitrag erheben in der Höhe einer Mark pro Mitglied, da der eingeführte Krankenzuschuß bedeutende Opfer erforderte. Also wieder ein Stück des finanziellen Effektes, den der Artikelschreiber nicht kannte.

Seine Unterpeisung über die Verschmelzung der Streitbeiträge mit den Organisationsbeiträgen ist schon so alt, daß ich versucht bin, zu glauben, er habe dieselbe aus unserem Papierkorb hervorgeholt, denn gerade dieses Verlangen lag unsererseits der Mainzer Generalversammlung in Gestalt eines Antrages vor, der aber leider durch allzu große Gewissenhaftigkeit gewisser Kollegen unterdrückt wurde. Vielleicht, daß dieser Gedanke jetzt, nachdem ihn Kollege Kolb anregt, mehr Anspruch auf Geist und praktischen Werth hat, jetzt, nachdem man durch den Mannheimer Provinzialtag zu der Einsicht gekommen ist, daß die letzte Generalversammlung herzlich schlecht experimentirte.

Im Uebrigen bleiben wir dabei, daß die Arbeitslosenunterstützung für unseren Beruf ein unlösbares Problem, ein unmühes Experiment ist, trotzdem wir jetzt schon überzeugt sind, daß unsere Delegirten uns mit diesem Schreckgespenst durch die nächste Generalversammlung beglücken werden und es unserer Organisation dadurch auch gehen wird wie jener Fliege, die auf dem Honig krepirte.

Es sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die Kollegen in sachlicher und kürzerer Form ihren Gedanken Ausdruck geben müßten, als es hier geschehen,

damit die eventl. Erwidernungen nicht allzuweit hinaus geschoben werden müssen, um anderen eingesandten Anträgen Raum zu bieten.

In Bezug auf das Streitmarkensystem stellen sich die Kollegen von Jügesheim auf denselben Standpunkt wie die Kollegen von Würzburg, nämlich ein einheitliches Markenwesen einzuführen und zwar für die Sommermonate auf 30 Pf., für die Wintermonate auf 20 Pf. zu erhöhen. Schreiber dieses will gar nicht näher darauf eingehen, weil der betreffende Punkt in Nr. 31 genügend auseinander gelegt ist und wir hier am Orte mit denselben Verhältnissen zu rechnen haben. Ich bitte daher die Kollegen allerorts, mit uns hierüber übereinzustimmen, damit gerade dieser Punkt bei der nächsten Generalversammlung genügend besprochen und vielleicht auch Annahme finden wird.

Gewerkschaftliches und Soziales.

Achtung, Maler! Die Kollegen, welche beabsichtigen sollten, auf ein Stellengebot des Malermeisters Sörensen in Davos (Annonce Hägerle und Wullmann) nach dort hin zu gehen, werden gebeten, sich vorerst beim Malerfachverein Davos oder Malerfachverein Zürich näher zu informieren.

Wegen Streitpostenstehens sind vor kurzem mehrere Malergehilfen in Erfurt vom dortigen Schöffengericht verurteilt worden. Dieselben drehten nunmehr den Spieß um und erstatteten Anzeige bei der Staatsanwaltschaft gegen einige Malermeister, daß sie ebenfalls wegen Streitpostenstehens groben Unfug verübt hätten. Darauf ging vom Amtsanwalt folgende Antwort ein:

Sie werden hierdurch benachrichtigt, daß das Verfahren gegen den Malermeister Zenz Hermann hier, Allerheiligenstr. Nr. 17, wegen Verübung groben Unfugs heute eingestellt worden ist, da eine strafbare Handlung nicht vorliegt. Die Tätigkeit des Beschuldigten hat sich nur auf die Ermittlung einer solchen Verübung groben Unfugs, herbeigeführt durch Streitpostenstehen erstreckt.

Hierzu bemerkt die „Erf. Trib.“, der wir dieses entnehmen: Darnach scheint also nur das Streitpostenstehen von Gehilfen strafbar zu sein. Wir können uns dieser Logik nicht anschließen. Der Tatbestand ist doch folgender: Die Meister suchen Leute von außerhalb heranzuziehen und stellen sich zur Empfangnahme derselben am Bahnhof auf. Die Gehilfen fühlen sich dadurch in ihrer Ruhe gefährdet und stellen nun zu ihrer Veruhigung ebenfalls einen Kosten daneben. Es ist somit doch klar, daß die Meister die Beunruhigung hervorgerufen haben; ein Vergehen, für das man doch unmöglich die Gehilfen bestrafen kann.

Vereinstheil.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Die den Filialen über sandten Extrastreitmarken a 25 Pf. sind spätestens bis zum 1. Oktober an die Hauptkasse zurückzusenden. Diejenigen Mitglieder, welche alsdann die vier Extrastreitmarken nebst dem übrigen Streifbeitrag nicht gelöst haben, gehen jeglichen Anrechts auf Unterstützung verloren. Die Filialkassierer können dann, wie dieses jetzt so oft geschieht, bei Krankmeldungen die Marken nicht erst nachliefern. Der Vorstand behält sich vor, bei Krankmeldungen die Bücher einzufordern.

In Wismar ist eine Filiale gegründet. Nachfolgende Mitglieder werden auf Grund des § 7 Absatz a als Arbeitswillige aus der Organisation ausgeschlossen. Filiale Gießen: Philipp Horn, Buchn. 22160, Jacob Wallbot 19933, Balthasar Fink 19966, Ludwig Fink 19967, Johannes Philipp 22172, Philipp Steinmüller 32058, Heinrich Eise 19911, Heinrich Münch 9443, Wilhelm Lüh 19902, Karl Lang 32026, Heinrich Möbus 9248, Philipp Rau 9446, Karl Hirz 19310, Ludwig Euler 32048, Johannes Schäfer 19953, Karl Schneider 9471, Johannes Schneidmüller 19915, Jacob Häuser 19971, Georg Häuser 19972, Georg Häuser 22171, Heinrich Stabel 22187, Georg Harnisch 19904, Philipp Schardt I 15917, Philipp Schmidt ?. — Filiale München II (Ladierer): Johann Axlner 4815, Gustav Wende 4840, Ludwig Gerl 14058, Wilhelm Bieroth 9016, Xaver Krommer 16484, Gustav Piemer 16480, Christian Aquet 16479, Johann Wilhelm 22584, Leonhard Furtner 22573, Jacob Grünwald 16463, Xaver Meier 16500, Georg Wertzinger ?. Mit kollegialischem Gruß Der Vorstand.

Quittung.

Vom 7. bis 13. August gingen bei der Hauptkasse ein: Hastedt 24.11, Braunschweig I 100.— Kiel 40.08, Hanau 37.50, Frankfurt a. M. 100.— Hamburg I 600.— Wandbrett 2.40, Großenhain 16.85, Frankenthal 40.85. Berichtung. In Nr. 30 muß es statt Offenbach „Jügesheim 18.98“ heißen. G. Wentker, Kassier.

Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Maler und verw. Berufsgenossen Deutschlands.

Bericht des Hauptkassiers vom 5. bis 11. August 1900. Ueberschüsse von den örtlichen Verwaltungen wurden eingesandt von Bielefeld-Dresden 200, Schubert-Rixdorf 100, Sindern-Hamburg-St. Georg 300, König-Heilbronn 40, Kowack-Cottbus 40. J. G. Balle, Hamburg-Ohlenhorst, Humboldtstr. 57.

Briefkasten der Redaktion.

Rönigsberg, Schriftführer. Wie oft soll es denn noch betont werden, daß die Berichte nur auf einer Seite des Papiers beschrieben werden dürfen? Auch wurde schon bekannt gemacht, Anträge zur Generalversammlung getrennt von Berichten an den Hauptvorstand einzulenden.

Hamburger Holz- und Marmor-Schule

Fr. Welershausen, Hamburg, Lindenstr. 15. Auerkannt als hervorragendste Schule Deutschlands. Beginn 15. Oktober. Erfolg garantiert. Prospekt gratis. Erschien im Selbstverlage: I. Serie: **Neue Holzmalereien (zum Selbstunterricht)** Preis Mk. 20 Direkt zu beziehen, sowie durch alle Buchhandlungen. — Vertreter gesucht.

Malerschule

Dekorations - Holz - Marmormalerei. Prämiert mit Silb. Medaille und I. Preisen. Hamburg-Elmsbüttel. Wohnung: Gärtnerstr. 124. Beg. 15. Oktober. Prospekt kostenlos durch Carl Nordmann.

Anzeigen.

Den Anzeigen der Filialen ist der Kostenpreis beigebrannt. Wir ersuchen, das Geld ohne weitere Aufforderung recht bald an die Expedition einzusenden. — Der Redaktionschluss ist Dienstag Morgen.

Filiale Frankfurt a. M.

Mittwoch den 22. August, Abends 8 Uhr **Mitglieder-Versammlung** im „Erlanger Hof“, Boringasse 11, 1. Stock. N. 1.20] Der Vorstand.

Zahlstelle Meerane i. S.

Sonntag den 19. August, Nachmittags 3 Uhr **Gr. öffentl. Malerverammlung** im „Thüringer Hof“. Referent Kollege Vink aus Berlin. Hierzu werden alle Kollegen von Nah und Fern freundlichst eingeladen. N. 1.95] Der Vertrauensmann.

Malerverein Meerane i. S.

Zu unserem am 19. August im „Thüringer Hof“ stattfindenden **Sommerfest** werden alle Malervereine sowie Zahlstellen des Verbandes der umliegenden Städte herzlich eingeladen. Anfang 5 Uhr. N. 1.95] Der Vorstand.

Filiale Stettin.

Donnerstag den 23. August, Abends 8 Uhr **Mitglieder-Versammlung** bei Stellmacher (Gewerkschaftshaus), Bismarckstr. 10. Tages-Ordnung: 1. Anträge und Stellungnahme zur Generalversammlung; 2. Verschiedenes. Jedes Mitglied muß erscheinen. N. 1.65] Der Vorstand.

Filiale Gießen.

Von jetzt ab findet regelmäßig jeden Samstag Nachmittags von 5 Uhr ab bei Gastwirth Orbig halbstündlich statt; auch werden die Mitglieder ersucht, alle geschäftlichen Vorkommnisse, wie Unregelmäßigkeiten etc., die sich nach dem Streit einstellen, dorthin selbst zu melden. N. 1.20] Der Vorstand.

Leipzig.

Sonntag den 26. August 1900 **Grosses Sommerfest** bestehend in Instrumentalkonzert, Preisgelein und Schießen, Blumenherstellung, Tombola, Kinderspiele und Ball im „Albertgarten“, Leipzig-Anger. Anfang 3 Uhr Nachm. Ende 2 Uhr Nachts. Die Kollegen sind hierzu freundlichst eingeladen. Für auswärt. Vereinsmitglieder Eintritt und Tanz frei. N. 2.29] Das Festkomitee.

Gerüst-Bau u. -Leih-Anstalt

von Emil Lyon, Altona, Al. Freiheit Nr. 48. Fernsprecher Nr. 224. **Unütl. geschützte Leitergerüste mit durchgehender, völlig ebener Laufbahn.** D. R. G.-M. 182832. Patent angemeldet.

Selbstunterricht in der Holzmalerei!

150 Vorlagen, erste Spezialität in Natur-Farben druck, mit leicht fasslicher Anleitung, sind für den billigen Preis von nur 10 zu beziehen von Aug. Dättemeyer, Maler, München, Corneliusstr. 19 IV r. Malern, welche die Vertretung übernehmen wollen, ist guter Nebenverdienst gesichert.

Schablonen für Wände u. Decken, durchwegs praktisch eingerichtet, schönste Dessins für Wände, flotte Ornamente für Decken. Musterkarten in Farbendruck empfiehlt Marcus Buchsbauer, Wien I., Kathausstr. 15.



Wichtig für Maler!

Allergroßte Auswahl v. fertigen Schablonen u. Zeichnungen. **Wichtig auf der Basis der Zeit stehende Werke für Maler.**

Moderne Stillrichtung.

Preis 6 M. Schablonen zur Decken- u. Wandmalerei für den praktischen Gebrauch, Größe 25 x 33. In Naturalistischer, Renaissance u. englischem Charakter. 12 Tafeln.

Moderne farbige Skizzen

zur Deckenmalerei. Preis 12 M. Größe 47 x 84. In 10 Tafeln Farbendruck. Ganz besonders leicht und einfach gehalten. Herausgegeben von Carl Lango. Diesen Werken sind Preisverzeichnisse für Schablonen und Wausen in natürlicher Größe beigegeben.

Berliner Maler-Schule

für fachgemäße Ausbildung in Ornament, Blumen, Früchten, Stillleben, Emblemen, Figuren etc. etc. Ganz besonderes Augenmerk wird auf größte Präzision und einfachste Technik gelegt. Tagesunterricht vom 15. Oktober bis 15. März, per Semester 150 M. Meiner Maler-Schule sind mehrere Erste Preise, Silberne Ehrenmedaillen und viele Anerkennungen für meisterhaft ausgeführte Malereien zuerkannt worden. **Prospekte der Malerschule gratis und franko.** **Carl Lango,** Dekorationsmaler, Meister für alle Stilen und Entwürfe, Berlin SW., Stühlingerstr. 94 a.

Damen. • • **Malvorlagen** Blumen. • • Landschaften. Früchte etc. 20 Blatt N. 2.50, 40 Blatt N. 4.50, sortiert, verschieden groß. **Meinr. Brühl, Mann i. W., Münsterstr. 42.**

Malerfachschule Buxtehude. Aelteste und größte Fachschule, abgekürztes Lehrverfahren. 1900 wieder erste Preise. Dir. Eislerwag.

Vorzügl. praktische Schule zur Ausbildung von tüchtigen Dekorationsmalern.

Prospekte gratis und franko von **Peter Eilers, München, Arnulfstr. 42 IV I.**

Gebundene Exemplare

des „Vereins-Anzeiger“ 1899, empfehlenswert für die Filialbibliotheken, sind zum Preise von 5 Mk. a Exemplar von der Exp. d. „V.-A.“ zu beziehen.

G. Job, Binfelgeschäft, Nürnberg.

Offerire den Herren Kollegen folgende Muster sendung: Je 1 Satz Greizer, Berliner und Delfrichzieher, je 1 Satz Rind- u. Fischhaarwalpinsel, 1 Dachvertreiber, 1 Schläger, 1 Wobler je 3 Zoll breit, 1 Satz Stahl- und Ledertämme je 10 Zoll, 1 Blechpalette, zu dem billigen Preise von N. 13.50.

Nachruf!

Infolge eines Unglücksfalles verstarb plötzlich am 30. Juli unser treues und langjähriges Mitglied **Adolf Böhnke.** Sein Andenken hält in Ehren. N. 1.65] Die Filiale Halberstadt.

Der „Vereins-Anzeiger“ erscheint wöchentlich Freitag für die Mitglieder der Vereinigung unentgeltlich. Im Abonnement kostet derselbe für Deutschland u. Oesterreich 1.20 Mk. pro Exemplar, für das übrige Ausland 1.50 Mk., durch die Post bezogen 1.20 Mk. — Anzeigen kosten die 3 gespaltene Zeile oder deren Raum 30 Pf. Vereinsanzeigen 15 Pf. die Spaltzeile. — Der „Vereins-Anzeiger“ ist im Preisverzeichnis der Reichspost für 1900 unter Nr. 7648 eingetragen.

Da zu der vorigen Nummer nicht genügend Exemplare vorhanden waren, gelangt diesmal der Rest der Beilage zur Versendung.

Der heutigen Nummer liegt die Nr. 32 des Korrespondenzblattes für die Bevollmächtigten und Vertrauensleute bei.

Für die Redaktion verantwortlich: M. Mark, Hamburg. Verlag von G. Wentker, Hamburg. Druck von Fr. Meyer, Hamburg-Eilbel, Friedenstr. 4.